

Niederschrift
über die Sitzung des Sozial- und Gesundheitsausschusses
am 21.01.2014

Tagungsort: Rochdale-Raum (Großer Saal, Altes Rathaus)

Beginn: 17:00 Uhr

Sitzungspause: ./.

Ende: 20:50 Uhr

Anwesend:

CDU

Herr Copertino

Herr Jung

(bis 19.40 Uhr)

Frau Osthus

Herr Schön

Herr Weber

SPD

Herr Donath

Herr Kaufmann

Frau Schneider

Frau Schrader

Vorsitzende

Herr Wandersleb

(bis 20.40 Uhr)

Bündnis 90/Die Grünen

Herr Hood

Frau Dr. Ober

(bis 18.50 Uhr)

Frau Rathsmann-Kronshage

FDP

Herr Buschmann

Die Linke

Herr Dr. Schmitz

Beratende Mitglieder

Frau Cascante-Maristany

BfB-Gruppe

(ab 18.00 Uhr)

Frau Huber

Seniorenrat

Herr Winkelmann

Beirat für Behindertenfragen

Fraktions- bzw. gruppenlose Mitglieder

Frau Geilhaar

Verwaltung

Beigeordneter Herr Kähler
Beigeordnete Frau Ritschel
Frau Schulz

Frau Dr. Delius

Herr Wörmann

Herr Metzger
Frau Buddemeier
Herr Linnenbürger

Herr Puls

Gäste

Herr Kreft
Herr Bauch
Herr Siegeroth
Herr Onckels
Frau Schellong

Dezernat 5
Dezernat 3
Amt für soziale Leistungen
-Sozialamt-
Gesundheits-, Veterinär- und
Lebensmittelüberwachungsamt
Büro für Integrierte Sozialplanung
und Prävention
Bauamt
Gleichstellungsstelle
Büro für Integrierte Sozialplanung
und Prävention
Stab Dezernat 5

Jobcenter Arbeitplus Bielefeld
Jobcenter Arbeitplus Bielefeld
REGE mbH
AGW
CDU-Fraktion

Schriftführung

Frau Krumme

Amt für soziale Leistungen
-Sozialamt-

Öffentliche Sitzung:**Vor Eintritt in die Tagesordnung**

Vorsitzende Frau Schrader begrüßt die Anwesenden und wünscht allen ein gutes neues Jahr 2014. Sie stellt die form- und fristgerechte Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

Sie weist darauf hin, dass die Tagesordnung um die bereits per Mail verschickte Anfrage der Fraktion Die Linke erweitert wird.

Herr Weber beantragt für den Tagesordnungspunkt 9 inkl. Unterpunkte eine 1. Lesung. Es werden von den Anwesenden keine Einwände erhoben. Vorsitzende Frau Schrader teilt mit, dass eine Sondersitzung nur am Mittwoch, den 05.02.2014, 17.00 Uhr möglich sei. Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

Zu Punkt 1 Genehmigung von Niederschriften**Zu Punkt 1.1 Genehmigung des öffentlichen Teils der Niederschrift über die 39. Sitzung des Sozial- und Gesundheitsausschusses am 10.09.2013****Beschluss:**

Die Niederschrift über den öffentlichen Teil der 39. Sitzung des Sozial- und Gesundheitsausschusses am 10.09.2013 wird nach Form und Inhalt genehmigt.

- einstimmig bei zwei Enthaltungen beschlossen -

Zu Punkt 1.2 Genehmigung der Niederschrift über die 41. Sitzung des Sozial- und Gesundheitsausschusses am 07.11.2013**Beschluss:**

Die Niederschrift über die 41. Sitzung des Sozial- und Gesundheitsausschusses am 07.11.2013 wird nach Form und Inhalt genehmigt.

- einstimmig bei zwei Enthaltungen beschlossen -

Zu Punkt 1.3 Genehmigung des öffentlichen Teils der Niederschrift über die 42. Sitzung des Sozial- und Gesundheitsausschusses am 19.11.2013

Beschluss:

Die Niederschrift über den öffentlichen Teil der 42. Sitzung des Sozial- und Gesundheitsausschusses am 19.11.2013 wird nach Form und Inhalt genehmigt.

- einstimmig bei drei Enthaltungen beschlossen -

Zu Punkt 2 Mitteilungen

Zu Punkt 2.1 Eingliederungshilfe Wohnen nach §§ 53 ff SGB XII hier: Änderung der Geschäftsordnung der funktionalen Hilfeplankonferenz Bielefeld für psychisch beeinträchtigte Menschen

Frau Schulz erläutert die mit der Einladung versandte Mitteilung.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

Zu Punkt 2.2 Änderungen im Flüchtlingsaufnahmegesetz

Frau Schulz erläutert die mit der Einladung versandte Mitteilung.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

Zu Punkt 2.2 Flüchtlingsunterkunft Westerfeldstraße

Bezugnehmend auf die Presseberichte im Dezember 2013 informiert Frau Schulz über den derzeitigen Sachstand. Die 28 Personen aus der Flüchtlingsunterkunft konnten, aufgrund von Wohnungsangeboten, kurzfristig in Wohnungen untergebracht werden. Die Unterkunft ist zurzeit geschlossen und wird renoviert, damit sie für die Unterbringung von Flüchtlingen wieder in Anspruch genommen werden könne.

Für eine Besichtigung der Flüchtlingsunterkunft bitten Vorsitzende Frau Schrader und Frau Rathsmann-Kronshage die Verwaltung, einen

Besichtigungstermin für die Mitglieder des SGA vorzuschlagen.

-.-.-

Zu Punkt 3 Anfragen

Zu Punkt 3.1 Angemessene Kosten der Unterkunft (KdU) (Anfrage der Fraktion Die Linke vom 14.01.2014)

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 6850/2009-2014

Vorsitzende Frau Schrader verweist auf die per Mail versandte Anfrage und auf die als Tischvorlage verteilte Antwort der Verwaltung (**Anlage 1**).

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

-.-.-

Zu Punkt 4 Anträge

Zu Punkt 4.1 Aufhebung des Ratsbeschlusses vom 18.07.2013 (s. TOP 18, Leistungs- und Finanzierungsvereinbarungen ab 2014) zu Punkt 5 des Budgets der Leistungsverträge, hier: Streichung der jeweils neu zu vergebenden Projektmittel für Seniorenarbeit in Höhe von 13.000 € (Antrag des Seniorenrates an den SGA und Rat der Stadt)

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 6627/2009-2014

Frau Huber erläutert den Antrag des Seniorenrates dahingehend, dass sich der Seniorenrat bereits 2013 gegen diese Mittelstreichung gewehrt habe. Dies seien die einzigen Mittel, die frei verfügbar waren. Sie seien u. a. für die Erstellung der Internetplattform „Bielefelder Senioren online“ genutzt worden.

Herr Weber schlägt vor, einen Beschluss über den Antrag im Rahmen der Haushaltsplanberatungen (TOP 9) zu fassen. Die Anwesenden sind damit einverstanden.

Der Antrag wurde in 1. Lesung behandelt, s. TOP 9.4.

-.-.-

Zu Punkt 5 Bewilligungsergebnis Wohnungsbauförderung 2013

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 6692/2009-2014

Herr Metzger informiert über die wesentlichen Punkte der Vorlage.

An der sich anschließenden Diskussion über Möglichkeiten der Attraktivitätssteigerung beim geförderten Wohnungsbau beteiligen sich Frau Rathsmann-Kronshage, Herr Weber, Herr Dr. Schmitz, Beigeordneter Herr Kähler, Herr Buschmann und Herr Jung.

-.-.-

Zu Punkt 6 Erstellung eines Bielefelder Inklusionsplanes; hier: Einrichtung einer projektbezogenen Kommunikations- und Steuerungsstruktur sowie Benennung von Handlungsfeldern

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 6579/2009-2014

Herr Wörmann erläutert die wesentlichen Punkte der Vorlage und informiert über die Plattform „Inklusions-Impulse“, die zur Fortführung der Zukunftskonferenz dienen sollte.

Auf Fragen von Frau Rathsmann-Kronshage führt er aus, dass die anfänglichen 17 Handlungsfelder bereits auf 12 zusammengefasst worden seien. Für die Erstellung des Inklusionsplanes sei im Büro für Integrierte Sozialplanung und Prävention überplanmäßig Herr Burkat eingesetzt. Die Erarbeitung erfolge in Zusammenarbeit mit der Behindertenhilfekordinatorin Frau Krutwage.

Herr Winkelmann teilt mit, dass der Beirat für Behindertenfragen die Vorlage einstimmig beschlossen habe. Darüber hinaus sei zur Erörterung von Ergänzungen bzw. Änderungen für die Einrichtung einer projektbezogenen Kommunikations- und Steuerungsstruktur sowie der Benennung von Handlungsfeldern eine Arbeitsgruppe gebildet worden, zu der auch die Verwaltung hinzugezogen worden sei.

Beigeordneter Herr Kähler weist darauf hin, dass sich Inklusion nicht nur auf Menschen mit Behinderung erstreckt. Die UN-Konvention umfasse alle Lebensbereiche und könne von keiner Kommune haushaltsneutral umgesetzt werden. Die zu erwartende Kostensteigerung erläutert er am Beispiel der Integrationshelfer.

Herr Wandersleb, Herr Hood, Herr Weber, Herr Buschmann und Frau Rathsmann-Kronshage fordern u. a. eine ständige Prozessjustierung, eine frühzeitige Beteiligung der politischen Gremien, sinnvolle Zusammenfassung von Handlungsfeldern und keine Stellenplanausweitung.

Beschluss:

Der Sozial- und Gesundheitsausschuss empfiehlt dem Rat

- die Einrichtung der projektbezogenen Kommunikations- und Steuerungsstruktur entsprechend Anlage 1 Seiten 2 -7, sowie
- die zu bearbeitenden Handlungsfelder entsprechend Anlage 1 Seiten 8 – 10

zu beschließen.

- einstimmig beschlossen -

Zu Punkt 7

Zielplanungsprozess 2013 im Dezernat 5-Soziales, hier: Zielmatrix 3. Tertialberichterstattung

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 6758/2009-2014

Herr Wörmann, Frau Schulz, Herr Kreft und Herr Siegeroth berichten über die erzielten Ergebnisse in Ihren Organisationsbereichen.

Fragen der Mitglieder werden beantwortet.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

Zu Punkt 8

Zielplanungsprozess 2014 im Dezernat 5 - Soziales hier: Vorstellung der Zielmatrizen der verschiedenen Organisationsbereiche

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 6756/2009-2014

Herr Wörmann informiert über das Arbeitsprogramm 2014. Die Zielmatrizen seien in der Darstellung modifiziert worden. Nach den Erfahrungen im letzten Jahr sei entschieden worden, dass die erste Berichterstattung erst nach dem 2. Tertial im September erfolge.

Frau Schulz erläutert die Einführung von modularbezogenen Beratungsdienstleistungen in den Maßnahmen 1 und 2 im Bereich des Amtes für soziale Leistungen -Sozialamt-.

Herr Kreft stellt als neue Maßnahme in 2014 die Quartiersbezogene Arbeitsmarktförderung vor. Herr Bauch berichtet über den Work-First-Ansatz (**Anlage 2**), der als Modellprojekt im Maßnahmenfeld „Integration in Erwerbstätigkeit“ Anwendung finden werde.

Auf Fragen von Frau Geilhaar, Herrn Hood und Frau Cascante-Maristany führt Herr Bauch aus, dass die Gesellschaft für innovative Beschäftigungsförderung (G.I.B) Projektträger sei und die Mitarbeiterfortbildung von dort finanziert werde. Mit der direkten Durchführung der Coachings durch das Jobcenter erhoffe man sich weniger Schnittstellen und dadurch eine effektivere Zielerreichung. Beigeordneter Herr Kähler weist ausdrücklich darauf hin, dass bei einem erfolglosen Verlauf des Projektes als Konsequenz die Einstellung des Projektes folge.

Herr Hood und Frau Rathsmann-Kronshage fordern, dass der SGA in die Entscheidung über die Art und Weise der Fortsetzung des Work-First-Ansatzes eingebunden werde.

Vorsitzende Frau Schrader macht deutlich, dass der SGA im Rahmen der Tertialberichterstattung frühzeitig über die Entwicklung des Projektes informiert werde. Die Verwaltung bestätigt diese Einschätzung.

Herr Siegeroth stellt den Bereich „Ausbildung“ als das zentrale Thema 2014 in den Vordergrund.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

Zu Punkt 9 Haushaltsplanberatungen 2014

Zu Punkt 9.1 Haushaltsplan 2014 für den Stab des Dezernates 5 -095-

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 6710/2009-2014

Fragen von Herrn Weber werden von Beigeordneten Herrn Kähler beantwortet.

1. Lesung -

Zu Punkt 9.2 Stellenplan 2014 für das Jobcenter Arbeitplus Bielefeld

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 6793/2009-2014

Frau Rathsmann-Kronshage macht darauf aufmerksam, dass die Umsetzung des Work-First-Ansatzes mit der Einrichtung von Mehrstellen verbunden sei. Mit der Verlagerung der BuT-Stellen vom Jobcenter zum Amt für soziale Leistungen -Sozialamt- sollte der Gesamtstellenansatz nicht höher werden. Dies wird von der Verwaltung bestätigt.

1. Lesung -

Zu Punkt 9.3 Verwaltungsentwurf Stellenplan 2014

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 6587/2009-2014

Auf die Frage von Herrn Hood, ob die Mehrstelle im Amt für soziale Leistungen -Sozialamt- nicht als kw-Stelle eingerichtet werden könne, führt Beigeordneter Herr Kähler aus, dass bei der Entwicklung im SGB XII nur eine Fallzahlsteigerung zu beobachten sei. Mit einer Senkung der Fallzahlen sei in absehbarer Zukunft nicht zu rechnen.

1. Lesung -

-.-.-

Zu Punkt 9.4 Haushaltsplan 2014 für das Amt für soziale Leistungen -Sozialamt-

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 6671/2009-2014

Vorsitzende Frau Schrader verweist auf die eingereichten Anträge der freien Träger.

Herr Weber fordert eine Darstellung über die Veränderungen einzelner Planwerte zu den Kennzahlen (S. 2, Begründung 1. Absatz). Die Verwaltung schlägt vor, ihm eine schriftliche Beantwortung zukommen zu lassen. Er erklärt sich damit einverstanden. Darüber hinaus kritisiert er die fehlende eindeutige Zuordnung der Personalaufwendungen. Beigeordneter Herr Kähler teilt mit, dass es für den Personalbereich eine zentrale Kostensteuerung gebe und verweist hierbei auf die Zuständigkeit des Amtes für Personal, Organisation und Zentrale Leistungen. Herr Weber behält sich vor, diese Erläuterungen im Finanz- und Personalausschuss einzufordern.

Fragen von Frau Rathsmann-Kronshage zur Ansatzserhöhung der Produktgruppe 11.05.01 und von Herrn Hood zu Stellen und -bewertungen werden von Frau Schulz beantwortet.

Vorsitzende Frau Schrader bittet um Stellungnahmen zu den vorliegenden Anträgen.

Herr Weber fordert die Verwaltung auf, eine dezernatsweite Deckung für die Bewilligung der drei Anträge der freien Träger und des Antrages des Seniorenrates zu prüfen.

Beigeordneter Herr Kähler und Frau Schulz weisen darauf hin, dass für die Bewilligung die Aufhebung eines Ratsbeschlusses erforderlich sei und eine evtl. Deckung nur gesamtstädtisch geprüft werden könne. Im Sozialdezernat gebe es für diese Ausgaben keine Deckungsmöglichkeit.

Herr Dr. Schmitz teilt mit, dass die Fraktion Die Linke die Anträge der freien Träger übernimmt und für die Sondersitzung um eine Beschlussfassung bittet.

1. Lesung -

-.-

Zu Punkt 9.5 Haushaltsplan 2014 für das Büro für Integrierte Sozialplanung und Prävention

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 6686/2009-2014

Herr Wörmann führt in die Beschlussvorlage ein und weist darauf hin, dass dies die erste haushaltsmäßige Darstellung des Büros für Integrierte Sozialplanung und Prävention sei. Fragen werden beantwortet.

1. Lesung -

-.-

Zu Punkt 9.6 Haushaltsplan 2014 für die Produktgruppen 11.02.03 -Lebensmittel- und Schadstoffüberwachung, 11.02.04-Veterinärwesen/Artenschutz, 11.02.05 - Fleischhygiene, 11.07.01 - Gesundheitsförderung, 11.07.02 - Gutachten und Stellungnahmen, 11.07.03 - Gesundheitshilfe und 11.07.04 -Gesundheits- und Infektionsschutz sowie der Stellenplan für das Gesundheits-, Veterinär- und Lebensmittelüberwachungsamt

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 6703/2009-2014

Beigeordnete Frau Ritschel weist darauf hin, dass versehentlich die HSK-Maßnahme-Nr. 181 aufgeführt worden sei. Am 18.07.2013 habe der Rat beschlossen, dass die HSK-Maßnahme-Nr. 181 bis Ende 2013 befristet wird (Rat, 18.07.2013, TOP 18) und somit im Haushalt 2014 keine Auswirkung hat.

1. Lesung -

-.-

Zu Punkt 10 Ernennung eines neuen Mitgliedes des Psychiatriebeirates

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 6718/2009-2014

Beschluss:

Der Sozial- und Gesundheitsausschuss ernennt auf Vorschlag der Stadt Bielefeld, Amt für Jugend- und Familie -Jugendamt- Frau Birgit Epkenhans als neue Delegierte im Psychiatriebeirat.

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 11 **Beschlüsse aus vorangegangenen Sitzungen -Bericht der
Verwaltung-**

Es ist über keinen Sachstand zu berichten.

-.-.-

Vorsitzende Frau Schrader stellt die Nichtöffentlichkeit der Sitzung her.

Schrader
(Vorsitzende)

Krumme
(Schriftführerin)